



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 10. Dezember 2020

Antrags-Nr. 20-F-02-0017

Demokratie bewahren und schützen - Antrag der CDU-Fraktion vom 09.09.2020 -

Weltweit wurden bereits über 26 Millionen Menschen mit dem Corona-Virus infiziert; fast 900.000 Personen sind bereits an der Krankheit verstorben. Mit rund 250.000 Infizierten und ca. 9.000 Toten ist die Corona-Pandemie in Deutschland im internationalen Vergleich bisher relativ glimpflich verlaufen. Dies ist auf das entschiedene Handeln der staatlichen Stellen und des öffentlichen Gesundheitsdienstes in unserem Land zurückzuführen. Nur so konnten dramatische Zustände wie insbesondere in Norditalien und Spanien vermieden werden, wo aufgrund rasant steigender Infektionen und mangelnder Ressourcen der Gesundheitssysteme Kranke nicht mehr adäquat behandelt werden und deshalb zu Tausenden sterben mussten.

Selbst wenn in der Anfangszeit des Pandemie-Geschehens rückblickend auch in Deutschland nicht alles optimal gehandhabt und geregelt worden sein mag, war doch ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens über die getroffenen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung festzustellen. In letzter Zeit stoßen die Schutz- und Hygienemaßnahmen aber auf zahlreiche Kritiker, die sich in Bewegungen formieren und zunehmend Proteste sowie Demonstrationen initiieren.

Die Vorfälle des letzten August-Wochenendes 2020, unter anderem vor dem Berliner Reichstag, ziehen weitreichende Kreise und haben ein großes Echo in den Medien hervorgerufen. Der Polizei ist es oft kaum noch möglich, an allen Brennpunkten gleichzeitig zu sein, um gesellschaftliche Fehlentwicklungen entgegenzutreten. Geschehnisse wie in Berlin und in anderen Städten belegen ein tiefes Misstrauen gegen unsere Demokratie und bedrohen diese. Dem gilt es Einhalt zu gebieten und entschieden entgegenzutreten. Hierzu sind wir alle, sowohl die Gesellschaft als auch die Politik, in die Pflicht zu nehmen. Nur gemeinsam können wir die Pandemie überstehen und größeren Schaden abwenden, wenngleich das bedeutet, Einzel- und Partikularinteressen vorübergehend - im Zeichen der Solidarität - zurückzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung hat volles Vertrauen in die Tätigkeit des Wiesbadener Verwaltungsstabes und der gesamten Fachverwaltung, das örtliche Pandemie-Geschehen zu bekämpfen und negative Folgen für die Bevölkerung möglichst zu verhindern oder zumindest zu verringern.
2. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen städtischen Mitarbeitern, welche ihren Beitrag im Rahmen der Krisenbewältigung geleistet haben bzw. noch leisten, und bittet den Magistrat, diesen Dank in geeigneter Form den Mitarbeitern auszurichten.
3. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie das Risiko eingeschätzt wird, dass in Wiesbaden Ausschreitungen wie in Berlin und anderen Städten vorkommen, und wie diese von den zuständigen Behörden verhindert werden könnten bzw. wie darauf sachgerecht reagiert würde.
4. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Elemente der zivilen Demokratieerziehung seiner Meinung nach initiiert bzw. gefördert werden müssten, um die Verantwortungsbereitschaft der Menschen zu stärken und so vor allem bei den betroffenen Gesellschaftsgruppen wieder ein ausgeprägteres Demokratieverständnis zu erreichen.

Änderungsantrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion zu TOP I/9 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. November 2020

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Beschlusspunkt 1 des CDU-Antrages erhält folgende Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt Wiesbaden für ihre außerordentliche Leistung bei der Bewältigung der pandemischen Lage und hat tiefes Vertrauen in ihr Handeln.

Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 4 der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2020.

Demokratie in Zeiten der Corona-Pandemie

Weltweit wurden bereits über 62 Mio. Menschen mit dem Corona-Virus infiziert; mehr als eine Million Personen sind mittlerweile an der Krankheit verstorben. Mit über 19.000 Toten und mehr als 1,2 Million Infizierten in Deutschland ist das Infektionsgeschehen nach einem anfangs im internationalen Vergleich relativ glimpflichen Verlauf nun in einem zweiten sogenannten „Shutdown light“ gemündet. Zunehmend gerät das Gesundheitssystem an seine Grenzen, die Herausforderungen in den Krankenhäusern sind derzeit nur zu stemmen, weil das dort arbeitende Ärzte- und Pflegepersonal täglich an der Belastungsgrenze und auch darüber hinaus arbeitet.

Die während des ersten strikten Shutdowns allgemein vorherrschende Akzeptanz der Coronaschutzmaßnahmen wird nun während des zweiten Shutdowns durch die drastischen Aktionen einiger weniger gestört, welche sich während der Ausübung ihres Versammlungsrechts nicht an diese Maßnahmen halten. Die Protestierenden ziehen auch durch krasse Tabubrüche, wie einem vermeintlichen „Sturm“ auf den Reichstag und die Verharmlosung des Leides der Verfolgten zur Zeiten des NS-Regimes die mediale Aufmerksamkeit auf sich. Sie zweifeln die Existenz oder Gefährlichkeit des SARS-CoV-2-Virus an und versuchen sich auf eine Stufe mit Sophie Scholl, Anne Frank und anderen Opfern des Nationalsozialismus zu stellen. Dieses Verhalten bestimmter, dem rechtspopulistischen und rechtsextremen politischen Spektrum nahestehender Gruppen hat nichts mehr mit kritischer Auseinandersetzung mit der Coronaschutzverordnung zu tun. Es gilt deshalb, sich von den Menschen, welche die derzeitige Gefährdungslage ausnutzen, um das demokratische System in Frage zu stellen, entschlossen zu distanzieren. Stattdessen wollen wir diejenigen Menschen in den Mittelpunkt stellen, welche die Coronaschutzmaßnahmen einhalten und ganz besonders diejenigen, welche in den Krankenhäusern und Gesundheitsämtern für die Eindämmung des Infektionsgeschehens kämpfen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung hat volles Vertrauen in die Tätigkeit des Wiesbadener Verwaltungsstabes und der gesamten Fachverwaltung, das örtliche Pandemie-Geschehen zu bekämpfen und negative Folgen für die Bevölkerung möglichst zu verhindern oder zumindest zu verringern.
2. Die politische Debatte um die Angemessenheit und Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen muss dennoch möglich sein. Sie begründet sich nicht im Misstrauen, sondern ist Ausdruck des demokratischen Diskurses um die bestmöglichen Lösungen. Ausdrücklich nicht dazu zählt die Verharmlosung von NS-Verbrechen oder die Verbreitung absurder Verschwörungstheorien.

3. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen städtischen Mitarbeiter*innen, welche ihren Beitrag im Rahmen der Krisenbewältigung geleistet haben bzw. noch leisten, und bittet den Magistrat, diesen Dank in geeigneter Form den Mitarbeiter*innen auszurichten.
 4. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen Mitarbeiter*innen in den Wiesbadener Krankenhäusern, welche auch über ihre Belastungsgrenzen hinaus ihren Beitrag im Rahmen der Krisenbewältigung geleistet haben bzw. noch leisten, und bittet den Magistrat auch hier, diesen Dank in geeigneter Form den Mitarbeiter*innen auszurichten.
 5. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Entscheidung des Magistrats, das Tragen nachgebildeter »Judensterne« auf Demonstrationen in Wiesbaden zu verbieten. Diese ist durch Bürgermeister Oliver Franz nach einer Prüfbitt von Integrationsdezernent Christoph Manjura vorgenommen worden, nachdem ein entsprechender Hinweis aus der Bevölkerung über die bei Spiegelbild angesiedelte Anlaufstelle Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an ihn erfolgt ist.
 6. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt die zentralen Elemente der politischen Bildung, des zivilgesellschaftlichen Engagements für unsere Demokratie sowie Erinnerungskultur in Wiesbaden mit ihren vielfältigen Angeboten, beispielsweise Spiegelbild mit Projekten wie X-Dream, „world wide antisemitism“ oder der Anlaufstelle Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Plattform Extremismus, das Bundesprogramm „Demokratie leben“, und auch „Wir in Wiesbaden“ des aus über 20 Organisation bestehenden Trägerkreises. Zu erwähnen sind auch das Namentliches Gedenken und das jüngst entwickelte Programm der VHS Wiesbaden zum Themenfeld der Verschwörungstheorien.
 7. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wo er diesbezüglich weitere Handlungsbedarfe und Ausbaupotentiale sieht und wird gebeten, die notwendigen Mittel für die kommenden Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2022/2023 als weiteren Bedarf anzumelden.
-

Beschluss Nr. 0497

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung hat volles Vertrauen in die Tätigkeit des Wiesbadener Verwaltungsstabes und der gesamten Fachverwaltung, das örtliche Pandemie-Geschehen zu bekämpfen und negative Folgen für die Bevölkerung möglichst zu verhindern oder zumindest zu verringern.
2. Die politische Debatte um die Angemessenheit und Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen muss dennoch möglich sein. Sie begründet sich nicht im Misstrauen, sondern ist Ausdruck des demokratischen Diskurses um die bestmöglichen Lösungen. Ausdrücklich nicht dazu zählt die Verharmlosung von NS-Verbrechen oder die Verbreitung absurder Verschwörungstheorien.
3. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen städtischen Mitarbeiter*innen, welche ihren Beitrag im Rahmen der Krisenbewältigung geleistet haben bzw. noch leisten, und bittet den Magistrat, diesen Dank in geeigneter Form den Mitarbeiter*innen auszurichten.

4. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen Mitarbeiter*innen in den Wiesbadener Krankenhäusern, welche auch über ihre Belastungsgrenzen hinaus ihren Beitrag im Rahmen der Krisenbewältigung geleistet haben bzw. noch leisten, und bittet den Magistrat auch hier, diesen Dank in geeigneter Form den Mitarbeiter*innen auszurichten.
5. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Entscheidung des Magistrats, das Tragen nachgebildeter »Judensterne« auf Demonstrationen in Wiesbaden zu verbieten. Diese ist durch Bürgermeister Oliver Franz nach einer Prüfbite von Integrationsdezernent Christoph Manjura vorgenommen worden, nachdem ein entsprechender Hinweis aus der Bevölkerung über die bei Spiegelbild angesiedelte Anlaufstelle Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an ihn erfolgt ist.
6. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt die zentralen Elemente der politischen Bildung, des zivilgesellschaftlichen Engagements für unsere Demokratie sowie Erinnerungskultur in Wiesbaden mit ihren vielfältigen Angeboten, beispielsweise Spiegelbild mit Projekten wie X-Dream, „world wide antisemitism“ oder der Anlaufstelle Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Plattform Extremismus, das Bundesprogramm „Demokratie leben“, und auch „Wir in Wiesbaden“ des aus über 20 Organisation bestehenden Trägerkreises. Zu erwähnen sind auch das Namentliches Gedenken und das jüngst entwickelte Programm der VHS Wiesbaden zum Themenfeld der Verschwörungstheorien.
7. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wo er diesbezüglich weitere Handlungsbedarfe und Ausbaupotentiale sieht und wird gebeten, die notwendigen Mittel für die kommenden Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2022/2023 als weiteren Bedarf anzumelden.
8. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie das Risiko eingeschätzt wird, dass in Wiesbaden Ausschreitungen wie in Berlin und anderen Städten vorkommen, und wie diese von den zuständigen Behörden verhindert werden könnten bzw. wie darauf sachgerecht reagiert würde.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2020

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .12.2020

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister